

Finanzmarkt verbraucherorientiert gestalten

Finanzmarkt verbraucherorientiert gestalten

Verbraucherinnen und Verbraucher fühlen sich angesichts der Finanzkrise unsicherer als je zuvor. Immer wieder auftretende Skandale um unseriöse Vertriebspraktiken, magere Renditen bei Lebensversicherungen und Altersvorsorgeprodukten, Abzocke mit überhöhten Provisionen und Gebühren sowie ethisch verurteilungswürdige Spekulationen mit Nahrungsmitteln und Böden oder Razzien bei der Deutschen Bank haben das Vertrauen der Verbraucherinnen und Verbraucher erschüttert. Was dagegen zu tun ist kann man in unserem Fraktionsbeschluss nachlesen.

FRAKTIONSBSCHLUSS VOM 10.01.2013
 » VERBRAUCHERSCHUTZ AM FINANZMARKT



FINANZMARKT VERBRAUCHERORIENTIERT GESTALTEN

Verbraucherinnen und Verbraucher fühlen sich angesichts der Finanzkrise unsicherer als je zuvor. Immer wieder auftretende Skandale um unseriöse Vertriebspraktiken, magere Renditen bei Lebensversicherungen und Altersvorsorgeprodukten, Abzocke mit überhöhten Provisionen und Gebühren sowie ethisch verurteilungswürdige Spekulationen mit Nahrungsmitteln und Böden oder Razzien bei der Deutschen Bank haben das Vertrauen der Verbraucherinnen und Verbraucher erschüttert. Dem setzt die schwarzgrüne Bundesregierung politisch nicht entgegen außer Antidiskriminierungs- und teilweise Regulierungsmaßnahmen, die weite Teile der Finanzbranche gestatten und häufig, wie im Falle des Beratungsprotokolls eher den Anbietern als den Kunden nutzen.

Wiele Akteure am Finanzmarkt haben die Lehren aus der Finanzkrise noch nicht gezogen. Bank und Hedgefonds sind stetig angestiegen, während gerade im Bereich der Unternehmenswerte mangel tragfähiger Geschäftsmodelle in den Keller gefallen sind. Marktentwerferische Grundidee scheitern für die Leihlinge von Röder & Co. nicht zu gehen. Stattdessen versucht Merkel Bundesregierung, nicht mehr zukunftsfähige Geschäftsmodelle durch Marktbeschränkungen für die Kundinnen zu subventionieren. Jüngstes Beispiel ist die im Bundestag beschlossene Befreiung des Versicherungsaufsichtsgesetzes hinsichtlich der Kürzung der Beteiligung der Versicherten an den Beteiligungsanlagen. Versicherten müssen in Zukunft ihre Kosten im Lebens- und Rentenversicherungsgeschäft nicht mehr in dem Maße an den Stillen Reserven beteiligen, wie das bisher der Fall war, dagegen sprach sich selbst die CDU-Basis auf ihrem letzten Parteitag aus. Die Merkel-Regierung bindet die Regeln also allein zugunsten der Finanzbranche und nicht im Interesse der Verbraucherinnen.

Der schwarzgrüne Versprechen eines einheitlichen Verbraucherschutzstandes für alle Produkte und alle Vertriebswege wurde und wird von den Ägner und Wolfgang Schäuble permanent geforscht. Finanzmarktregeln werden bis heute nicht in einer einheitlichen Finanzaufsicht überreicht. Freie Finanzwirtschaft unterliegen statt der Aufsicht der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) die Gewerkschaft IGP-Beraterpolitik par excellence, die auch im vorliegenden Gesetzbeschluss zur Regulierung der Honorarberatung weiter fortgeschrieben werden soll.

In Deutschland gibt es bis heute keine institutionelle, systematische und unabhängige Marktbeobachtung, die den Verbraucher im Fokus hat und die mit einem kollektiven Berichterstattungswert gegenüber staatlichen Institutionen Fehlentscheidungen am Markt melden und Verbrauchern schützen kann. Selbst die Innen hat die Notwendigkeit eines solchen Marktbeobachters in der letzten Legislatur regelmäßig mitgeteilt.

Grüne Verbraucherschutz stellt die Interessen der Bürgerinnen und Bürger in den Mittelpunkt. Wir setzen auf Regulierung, die, wo der Markt versagt, auf Transparenz, um entgegen schiefen Entscheidungsfindung zu ermöglichen, auf Übersichtlichkeit und faire Beratung, weil nur Wissen eine wirksame Entscheidung ermöglicht. Wir wollen folgende Maßnahmen umsetzen, damit sich Kunden und Anbieter auf dem Finanzmarkt auf Augenhöhe begegnen können:

Quelle: <http://www.ekin-deligoez.de/?id=3002297>

© Ekin Deligöz, MdB 2019